

Bern, 21. Februar 2013

An die Berner Print- und elektronischen Medien
Redaktion Stadt Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir möchten Sie bitten, die untenstehende Mitteilung in Ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen



Blaise Kropf

Für allfällige Rückfragen: Tel. 079 263 47 68

Der vpod fordert die städtischen Behörden auf, den Fortbestand der Gemeinwesenarbeit zu sichern

Kein Abbau bei der Gemeinwesenarbeit!

Der vpod region bern ist besorgt über die Absicht des Berner Gemeinderats, ab nächstem Jahr den Wegfall der kantonalen Beiträge an die Gemeinwesenarbeit nicht mehr zu kompensieren. Damit drohen ein drastischer Abbau bei den Quartier- und Gemeinschaftszentren inkl. Personalabbau. Betroffen wäre nicht nur das Personal, sondern ebenso die Bevölkerung, welche auf bewährte Vernetzungs- und Integrationsangebote verzichten müsste. Der vpod ist überzeugt, dass ein solcher Abbau die Gesellschaft letztlich deutlich teurer zu stehen kommt als die Weiterfinanzierung der Gemeinschaftszentren.

Der Grosse Rat hat letztes Jahr beschlossen, dass die Kosten für den Betrieb von Gemeinschaftszentren nicht mehr dem kantonalen Lastenausgleich zugeführt werden können. Mit diesem Beschluss erzielt der Kanton eine Einsparung von 1,5 Mio. Franken. Gemeinsam mit der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit protestierte der vpod bereits damals gegen diese Kürzung. Die SP und die Grünen beantragten im Grossen Rat – leider ohne Erfolg – einen Verzicht auf die Sparmassnahme.

Die Gemeinwesenarbeit hat eine vitale Bedeutung in den städtischen Zentren. Die Quartier- und Gemeinschaftszentren leisten einen grossen Beitrag zur Quartierentwicklung, zum sozialen Zusammenhalt, zur Integration verschiedenster Zielgruppen und zur Entschärfung sozialer Konflikte. Die Investitionen in die Gemeinwesenarbeit verhindern auf diese Weise das Entstehen weit grösserer Folgekosten aufgrund von Desintegration, Vereinsamung und sozialen Konflikten.

Der Gemeinderat der Stadt Bern nimmt mit seiner Ankündigung, ab dem Jahr 2014 auf die Kompensation des weggefallenen Kantonsbeitrags zu verzichten, in Kauf, dass ein über Jahrzehnte sorgsam aufgebautes und von der Bevölkerung vielgenutztes Leistungsangebot unwiderruflich zerstört wird. Dies führte zu sozialen Folgekosten, welche weit über den 1,8 Mio. Franken liegen, die der Gemeinderat mit seiner Ankündigung einsparen will. Der vpod appelliert daher an die städtischen Behörden, die Finanzierung der Gemeinwesenarbeit weiterhin auf dem heutigen Niveau zu garantieren, bis eine nachhaltige andere Finanzierungslösung gefunden ist. Wenn der Gemeinderat nicht bereit sein sollte, auf seinen Beschluss zurückzukommen, muss der Stadtrat den Gemeinderat damit beauftragen.

Der Ärger über den kurzfristigen Entscheid des Gemeinderates verdeckt allerdings nicht, dass die wahre Ursache für die Sparmisere beim Kanton Bern liegt. Erst die grösstenteils willentlich verursachten Haushaltverschlechterungen (Steuergesetzrevision, Senkung Motorfahrzeugsteuern etc.) haben den Spardruck in der heutigen Dimension ausgelöst. Um gegen den nun grassierenden, brandgefährlichen Abbauwahn zu protestieren, ruft der vpod region bern gemeinsam mit zahlreichen Partnerverbänden am Samstag, 16. März 2013, 13.30 Uhr, Bundesplatz Bern, zur grossen Kundgebung „Stopp Abbau – Perspektiven für den Kanton Bern“ auf. Der vpod ruft die Beschäftigten aus den sozialen Institutionen in Stadt und Kanton auf, sich an der Grosskundgebung zu beteiligen.

Der vpod wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit vbg in den kommenden Monaten alle nötige Unterstützung zukommen lassen, um den drohenden Abbau zu verhindern. Falls es trotz aller Bemühungen zu einem Personalabbau kommen sollte, wird der vpod auf der Bereitstellung eines fairen Sozialplans bestehen, wie dieser im Gesamtarbeitsvertrag zwischen der vbg und dem vpod vorgesehen ist.